

30. Jahrgang

Nr.83/ Oktober 2014

Welikij Nowgorod = Билефельд = Великий Новгород = Bielefeld



Sehr verehrte, liebe Mitglieder und Freunde Welikij Nowgorods!

Hiermit laden wir Sie ein zur
Öffentlichen Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 20.11.2014 um **20 Uhr**
in Raum 240 in der Ravensberger Spinnerei (VHS) im Ravensberger Park 1

Der Bundesverband deutscher West-Ost-Gesellschaften (BDWO) e. V. wurde 1996 gegründet; ihm gehören mittlerweile 70 Vereinigungen und Initiativen an, die sich für die Vertiefung der Beziehungen zu den Menschen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR einsetzen. Auch unser Kuratorium gehört dazu, da wir uns von den Kontakten innerhalb des BDWO anregende Unterstützung und eine Vernetzung möglicher Aktivitäten erwarten. In diesem Sinne ist die Einladung zu sehen, die wir an unsere Referentin Helene Luig-Arlt ausgesprochen haben: Sie ist derzeit Stellvertretende Vorsitzende des BDWO und Leiterin des Arbeitskreises West-Östlicher Fachaustausch. Als Diplompädagogin engagiert sie sich beruflich für Fragen des Stadtteilmanagements, gesundheitlicher Chancengleichheit und nachhaltiger ökologischer Strukturen.

In Welikij Nowgorod entwickelt sich Fahrradmobilität als Freizeitsport, soll aber langfristig auch im Stadtverkehr eine Rolle spielen. Dafür setzt sich eine Initiative ein, die für den September 2015 ein Festival zur Stadtentwicklung plant, bei dem eine Fotoausstellung zeigen soll, wie Barrierefreiheit aussehen kann. Wir wollen diese Vorhaben unterstützen, setzen sie doch in diesen Zeiten der Entfremdung im politischen Diskurs ein „grünes“ Zeichen der Kooperationsbereitschaft zwischen unseren Schwesterstädten.

Unsere Referentin wird uns von Zusammenarbeits-Erfahrungen berichten, und im Gespräch mit ihr wollen wir weitere Perspektiven ausloten.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch und auf anregende Beiträge!

Im Namen des Vorstandes

Brunhild Hilf

In eigener Sache

Oft wurde von Mitgliedern, die verhindert waren, an einer unserer Mitglieder-Versammlungen teilzunehmen, der Wunsch geäußert, im nächsten Rundbrief einen kleinen Einblick zu bekommen in die versäumte Thematik. Daher habe ich Protokolle verfasst zu den Referaten im März und Juni dieses Jahres (siehe S. 7 und 8).

Wenn Sie als Nicht-Mitglied diesen Rundbrief per Post erhalten, so bitten wir Sie, zu überlegen, ob Sie den recht niedrigen Jahresbeitrag von 20,- € entrichten könnten oder ihn per E-Mail erhalten möchten.

In jedem Fall aber bitten wir Sie alle, bei Adressen- oder Kontodaten-Änderungen uns dies mitzuteilen.

B.Hilf

Neues aus der Nowgoroder Presse (Teil 1)

Aus der Wochenzeitschrift *Псковская губерния / Pskowskaja gubernija*, 26.8. – 2.9.2014:

Der russische Staat versucht zu verbergen, dass er seine Söhne in einen Krieg schickt, wie sie sterben und wo sie beigesetzt werden

[Übereinstimmend wird berichtet, auch von Bekannten in Russland, dass um die 85% der russischen Bevölkerung die Ukraine- und die Krim-Politik der russischen Regierung unterstützt. Der Journalist und Abgeordnete im Pskower Gebietsparlament Lew Schlossberg bildet in diesem Artikel eine äußerst seltene Ausnahme. Dafür hat er auch schon bezahlt: Ende August wurde er „auf dem Nachhauseweg von Unbekannten brutal zusammengeschlagen. Als er im Krankenhaus wieder zu sich kam, hatte er ein Schädel-Hirn-Trauma und eine gebrochene Nase“ (*Süddeutsche Zeitung*, 2.9.2014). Im hier zitierten Artikel erinnert er zunächst daran, dass im Jahr 2000 die Presse in Pskow (eine altrussische Stadt, eine der ältesten des Landes, die ca. 200 km östlich von „unserem“ Nowgorod liegt und etwas über 200.000 Einwohner hat – ein paar Tausend weniger als Welikij Nowgorod) ausgiebig über den Tod von 84 Soldaten und Offizieren aus der Pskower Garnison im zweiten Tschetschenienkrieg in einem Kampf nahe der tschetschenischen Hauptstadt Grosnyj berichtet hat: „Der Gouverneur hat damals diese schreckliche Wahrheit der Öffentlichkeit nicht vorenthalten“. Im Gegenteil: „Am 14. März 2000 hat buchstäblich ganz Pskow die Gefallenen der 4. Kompanie zu Grabe getragen“.]

„Im August 2014 wird von der politischen und militärischen Führung des Landes weder die Tatsache, dass russische Wehrdienstleistende an Kampfhandlungen auf dem Territorium der Ukraine teilnehmen, noch die erheblichen Gefechtsverluste zugegeben. Die Beisetzung der Gefallenen findet beinah heimlich statt, praktisch im Verborgenen.

In was für einem Krieg und wofür sind diese jungen Kerle gestorben? Warum hat der russische Staat dieses Schweigen nötig – und wie lange glaubt er, etwas geheim halten zu können, was überhaupt nicht geheim zu halten ist?“

[Im Weiteren beschreibt Schlossberg die Beerdigung zweier namentlich genannter und in Pskow stationiert gewesener Soldaten auf einem örtlichen Friedhof am 25. August 2014 – die erste publik gewordene Beisetzung von im Ukraine-Krieg gefallenen russischen Soldaten. Kurz danach besuchte der Reporter der *Süddeutschen Zeitung* Tim Neshitov den Friedhof und bestätigte, die Gräber der zwei jungen Männer selbst gesehen zu haben (*SZ*, 2.9.2014). Autor Schlossberg stellt – und beantwortet - zum Schluss seines Artikels die Frage:]

„Wer hat diese Menschen getötet?“

Die Gesellschaft, fest im Griff der verderblichen Großmachteuphorie, hat diesen Krieg gutgeheißen, hat ihn unterstützt und lieferte diese jungen Männer dem Inferno aus.

Das russische Volk, dem russischen Staat folgend, hat im Laufe von 14 Jahren, von 2000 bis 2014, eine fürchterliche Wegstrecke zurückgelegt.

Und macht keine Anstalten, anzuhalten. Im Gegenteil, es beschleunigt noch.

Im Jahr 2000 konnte man gefallene Soldaten noch öffentlich beerdigen.

Im Jahr 2014 ist das nicht mehr möglich.

So haben sich die Kriege verändert, die der russische Staat führt.

Im Grunde genommen ist das ein einziger Krieg gegen das Volk.

Weil in diesem Krieg nur das Volk mit dem Leben zahlt.

Schon längst gibt es mehr tote Soldaten als lebende. Aber die toten können nichts mehr machen. Nur die lebenden können die noch lebenden retten.

Deswegen hat jeder Einzelne die Möglichkeit, nein, mehr noch, die Pflicht, sich selbst zu fragen, wen er braucht, Tote oder Lebende.

Von der Antwort auf diese Frage hängt heute die Zukunft Russlands ab.“

(Lew Schlossberg)

gubernia.pskovregion.org/number_705/00.php

Новгородские ведомости / Nowgorodskie wedomosti / Nowgoroder Anzeiger, 5.9.2014

Ein Priester der St.-Georgs-Kirche in Staraja Russa hat Anstifter des Krieges in der Ukraine vom Abendmahl ausgeschlossen

„Wie die *Nowaja gaseta* berichtet, hat dies der Priester während der Predigt am 31. August verkündet.

Laut Information der Zeitung ist der Priester kürzlich aus Kramatorsk (Ukraine, Gebiet Donezk) zurückgekehrt, wo im Rahmen des Konflikts Kampfhandlungen zwischen den Streitkräften und den Rebellen stattfanden; er bat, seine Worte bekannt zu machen:



„Ich, der unwürdige Priester Grigoriy, schließe kraft meines Amtes und aufgrund der Regel des Heiligen Wasilij des Großen [4. Jh. aus Kappadokien – Üb.] von der heiligen Kommunion für die Dauer von 20 Jahren alle aus, die aus eigenem Antrieb eine Waffe in die Hand nahmen, um am Bruderkrieg in der Ukraine teilzunehmen. Ebenfalls aufgrund der Regel des Heiligen Wasilij des Großen werden für die Dauer von elf Jahren alle von der heiligen Kommunion ausgeschlossen, die durch Handlungen oder durch mündliche oder schriftliche Äußerungen zur Teilnahme an dem Bruderkrieg angestiftet haben. Amen.“

[Anscheinend entsetzt von den Worten des Priesters, wendet sich die Autorin dieses Artikels an Pater Ambrosius, den Kirchengvorsteher und Vorgesetzten des Priesters Grigoriy, der zunächst abzuwiegeln versucht. Als die Journalistin insistiert, schließt er sich ihrer Missbilligung an: „Herrjemine, das ist aber eine ernsthafte Sache!“]

Laut Pater Ambrosius hat Priester Grigoriy kein Recht, jemanden von der Kommunion auszuschließen. Übersetzt aus der Kirchensprache in die weltliche heißt das: Kompetenzüberschreitung. „Auch wenn der Dechant das so entschieden hat, er hätte das mit dem zuständigen Erzbischof, d.h. mit dem Metropolit von Nowgorod und Staraja Russa Lew absprechen müssen“, merkte Pater Ambrosius an. [...] Bei unserer nächsten Unterhaltung empfahl der Kirchengvorsteher, mich direkt an den Metropolit zu wenden. Und überhaupt: „Besser wäre es, nichts über die Predigt von Pater Grigoriy zu schreiben. Sie stinkt zum Himmel“.

(Elena Kusmina)

novved.ru/obshchestvo/31956-na-amvone-tishina-v-kramatorske-tjoshcha.html

[Anmerkung des Übersetzers: Das letzte Wort zum unpatriotischen Pater Grigoriy scheint noch nicht gesprochen zu sein. Im Übrigen, nach Recherchen auf anderen Websites und bei der russischen Wikipedia, stellt sich heraus, dass Pater Grigoriy und der ehemalige Fernsehregisseur und Producer Grigoriy Michnow-Wajtenko ein und dieselbe Person sind. Pater Grigoriy wurde 2008 zum Priester geweiht, seitdem hat er zahlreiche Ratgeber für orthodoxe Gläubige veröffentlicht – und, kurioserweise: Er ist der uneheliche Sohn des berühmten Liedermachers, Poeten und Dissidenten der 1960-er Jahre, Aleksandr Galitsch.]

Новгородские ведомости / Nowgoroder Anzeiger, 3.9.2014

Über die Probleme der ukrainischen Flüchtlinge, die russische Seele und die Nowgoroder Gastfreundlichkeit

„Die entsetzlichen Ereignisse im Südosten der Ukraine haben dazu geführt, dass im 21. Jahrhundert Russland Flüchtlinge aufnimmt, die Schutz vor Bomben und vor den Schrecken des Todes suchen. Das Nowgoroder Gebiet hat offiziell nur 563 Menschen aufgenommen. Dazu sind ca. 4000 weitere zu Bekannten und Verwandten auf eigene Faust gekommen. Zu der Notwendigkeit einer ausreichenden Hilfe und zum Mitgefühl für diese vom Krieg gepeinigten Menschen folgendes Interview mit dem Vizegouverneur Aleksej Afanasjew:

Aleksej Wladimirowitsch, lassen Sie uns gleich mit dem Märchen von den 800 Rubel aufräumen, die angeblich jeder Ukraine-Flüchtling pro Tag erhält – und die ihn davon abhalten, eine Arbeit zu suchen, weil er das schreckliche Leben für Lau zu sehr genießt.

Niemand bekommt das Geld bar auf die Hand! Die Regierung des Nowgoroder Gebiets bekommt aus dem Bundeshaushalt 800 Rubel [=€15] für drei Mahlzeiten am Tag und für die vorübergehende Unterbringung der Menschen. Am 22. Juli bewilligte die Regierung der RF [...] 3,5 Milliarden Rubel [...] für Unterbringung, Beköstigung und Transportkosten der Flüchtlinge. Diese Summe geht von einem Bedarf von 800 Rubel pro Tag pro Flüchtling aus. Die Menschen sind in provisorischen Unterkünften in verschiedenen Bezirken untergebracht (von den Aufnahmezentren gibt es zurzeit ca. 60), und das Leben unter solchen Umständen, mit der Anstaltskost, kann man nicht gerade luxuriös nennen. Ich bin in vielen von diesen Unterkünften gewesen, dort gibt es alles Nötige, aber es ist keineswegs trautes Heim, Glück allein.

Jetzt haben wir 560 Menschen aufgenommen, die offizielle Sollzahl ist, glaube ich, 2200.

Mehr. Die Entwicklungen in der Ukraine sind deprimierend, der Strom der Flüchtlinge schwillt an. Unser Soll kann sich jetzt bis zu 10.000 erhöhen. Viele sind nur mit kleinen Taschen gekommen, sogar ohne warme Kleidung. Im Grunde müssen sie das Leben wieder von Null anfangen. Aber wie sie sich entscheiden werden – hier zu bleiben oder weiter zu ziehen – hängt ab von unserer Haltung zu ihnen. Ich gebe zu bedenken: Das sind hauptsächlich Menschen im Arbeitsalter, sie haben Kinder, die, wenn sie aufwachsen, hier bei uns, in ihrer zweiten Heimat, lernen und arbeiten können.

Sind zu Beginn des Schuljahres die ukrainischen Kinderchen tatsächlich in unsere Schulen und Kindergärten gegangen?

Ja, 67 Kinder sind in die Kindergärten gekommen, die Schulen haben 194 Schüler aufgenommen. Fünfzehn Jugendliche setzen ihre Berufsausbildung fort. Es gibt natürlich gewisse problematische Kleinigkeiten, z.B. wird in der Ukraine Russisch als Fremdsprache unterrichtet. Eine Sprachbarriere gibt es gewiss nicht, die Korrektheit lässt aber zu wünschen übrig. Deshalb wurden Intensivkurse in Russisch für die Kinder organisiert. Ich denke, wenn sie in unsere Schulen gehen, dann werden sie sich an die neuen Bedingungen anpassen, sie werden Freunde finden. In einer Reihe von Schulen, übrigens, beschäftigen sich die Schulpsychologen mit ihnen.

Das Leben geht weiter, einige Flüchtlinge haben schon geheiratet, Kinder sind geboren. Stimmt das?

Zahlen haben wir nicht, aber das gibt es. Vier Hochzeiten haben stattgefunden. Die Paare hatten vor, noch zu Hause zu heiraten, aber das Schicksal hat sie hierher gebracht. Ich weiß, dass am 30. August in Borowitschi der Ökologe Sergej Tischtschenko und die Verbraucherberaterin Jana Nechajewa, beide geboren im Gebiet von Lugansk, Mann und Frau geworden sind.

Es ist ganz klar, dass sie keinen Klotz am Bein des Nowgoroder Haushaltsplans darstellen werden. Aber wie schwer haben es die Flüchtlinge, bei uns Arbeit zu finden?

Dafür müssen sie zuerst hier einen Rechtsstatus erhalten. Ein Staatsbürger der Ukraine, der gezwungen wurde, sein Land zu verlassen, kann sich 90 Tage lang auf dem Territorium der

Russischen Föderation aufhalten, ohne einen Einwanderungsantrag zu stellen. In dieser Zeit muss er entscheiden, ob er vorübergehend oder dauerhaft im Nowgoroder Gebiet bleiben will. Danach kann er den Status des vorläufigen Asyls erhalten oder den Asylantenstatus mit Arbeits- oder Gewerbeurlaubnis. [...]

Haben diejenige, die sich in unserem Gebiet aufhalten, schon von ihren Möglichkeiten Gebrauch gemacht?

Nicht so zahlreich wie erwartet. [...] Diese Menschen können, wenn wir sie dafür gewinnen, für das Wohl des Nowgoroder Gebiets arbeiten und Steuern in unsere Kasse zahlen. Darin besteht jetzt auch die wichtigste Aufgabe nicht nur des regionalen Machtapparates, sondern auch der städtischen Beamten von Nowgorod.

Der Gouverneur hat auch eine Reihe von Forderungen an das Arbeitsamt gestellt. [...] Die Arbeitgeber, die jetzt ausländische Arbeitskräfte aus Tadschikistan, Usbekistan oder Moldawien beschäftigen, müssen sich auf die Umsiedler aus der Ukraine umorientieren.

Und, orientieren sie sich um?

Viele von ihnen haben bei ihren Quotenanträgen auf Fremdarbeiter für das nächste Jahr dies bereits berücksichtigt. Für 2014 sieht der Plan 4509 Plätze vor, wir gehen davon aus, dass die Mehrheit davon von ukrainischen Bürgern besetzt wird.

Sind die Flüchtlinge selbst gewillt, in unserem Gebiet zu bleiben und zu arbeiten?

Meines Wissens arbeiten schon jetzt praktisch alle Flüchtlinge, für die die Bestimmung ihres Aufenthaltsstatus´ noch läuft. Ich war an vielen der Aufnahmezentren während der Arbeitszeit und fand dort ausschließlich schwangere Frauen, Kinder und Rentner vor. Die Männer waren beim Geldverdienen. Natürlich sind wir dafür, dass sie legal arbeiten, aber das ist erst nach Erhalt eines offiziellen Status´ möglich.

Wie steht es mit den Bergarbeitern? Unter den Männern gibt es viele davon.

Ja, sie kommen aus einem Bergbauggebiet. Einige könnten am Kombinat für feuerfeste Materialien in Borowitschi Arbeit finden. Die anderen haben die Möglichkeit, sich umschulen zu lassen. Ehrlich gesagt, ein Mensch, der seine Familie ernähren will, muss dazu bereit sein. Zumindest im ersten Stadium der Anpassung an das neue Leben. Wir haben mehr als 16.000 offene Stellen, davon 264 mit freier Wohnung noch dazu! Wir brauchen Ärzte und Lehrer [beiderlei Geschlechts! – Üb.]. Natürlich gibt es da bürokratische Hürden: Die Mediziner brauchen eine Bestätigung ihres Diploms und ein psychiatrisches Gutachten, und zwar von ukrainischer Seite. Die Pädagogen benötigen ein polizeiliches Führungszeugnis. Das ist problematisch, aber lösbar. Zumal es auf der föderalen Ebene Absichten gibt, die Anforderungen abzuschwächen.

Aber nicht alle wollen wohl aufs Land ziehen.

Im Auftrag des Gouverneurs wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die in nächster Zeit in die südlichen Grenzregionen Russlands mit der Ukraine fahren wird, um eine Auswahl von Menschen vorzunehmen, die bereit sind, aufs Dorf zu ziehen.

[...]

Man hört, dass nicht alle von der Unterbringung im Nowgoroder Gebiet begeistert sind.

Ja, Beispiele dafür gibt es. Das Nowgoroder Gebiet passt manchen nicht. Vierzehn Leute haben es mit einem anderen, wo sie eigentlich hin wollten, verwechselt. [Aus anderer Quelle: das war Nischnij Nowgorod – Üb.] Es gab auch den Wunsch, nach Chabarowsk [im fernen Osten] zu ziehen – da gebe es ein Programm für die Umsiedlung von ukrainischen Landsleuten. Aber so ein Programm haben wir auch!

In Kommentaren im Internet liest man von offener Feindseligkeit gegenüber den Flüchtlingen, obwohl unter ihnen viele ethnische Russen sind. Was sagen Sie dazu?

Man muss verstehen, dass in der Ukraine ein Notstand herrscht. Die meisten Flüchtlinge haben nichts dort, wozu sie zurückkehren könnten. Viele haben Verwandte und Freunde verloren. Ihre Häuser liegen in Schutt und Asche. Und ein Ende von dieser Kriegshysterie ist nicht in Sicht. Aber in den Blogs gibt es viel Unsinniges zu jedem Thema. Ich wünschte, dass

mindestens einer dieser ‚Schriftsteller‘ so ein Aufnahmelager besuchen und in die Augen dieser Leute schauen würde. Dann würde er mit seinem blöden Geschwätz aufhören.

Die Haltung der Nowgoroder gegenüber den ukrainischen Flüchtlingen ist mehrheitlich sehr warm und voller Mitgefühl. Sie spenden Sachen, Bettwäsche und Lebensmittel, an das Rote Kreuz und an die Stiftung ‚Erhalte das Leben‘, sie überweisen Geld an ein Sonderkonto. Das ist äußerst hilfreich für eine schnellere Eingliederung der Flüchtlinge aus der Ukraine – das sind Menschen, die uns nahe stehen, von der Sprache her, von der Kultur und der gemeinsamen Geschichte.

Wir alle, sowohl die Behörden als auch die Einwohner der Region, müssen diesen Leuten helfen. Die Menschen reden überall miteinander, und es wäre toll, wenn es sich unter den noch unentschiedenen Flüchtlingen herumspräche, dass man im Nowgoroder Gebiet mit offenen Armen aufgenommen wird. Ich sage euch eins, alle unsere Ausgaben und alle unsere Anstrengungen werden uns hundertfach vergolten. Die Bevölkerung in unserer Region wird sich mehren – und die Arbeitskräfte ebenfalls.

Ich hoffe, dass die Mehrheit der ukrainischen Flüchtlinge sich bald nicht mehr wie Gäste bei uns fühlen, sondern dass sie merken, dass sie ihrer zweiten Heimat nötig und nützlich sind, und dass bei uns in Nowgorod - nebenbei bemerkt - die Löhne auch nicht gerade die niedrigsten in Russland sind“.

(Ljudmila Timofeewa)

novved.ru/obshchestvo/31908-esli-dorog-tebe-tvoj-dom.html

Herbert Horstmann

Anfang Oktober verstarb im Alter von 83 Jahren nach schwerer Krankheit Herbert Horstmann. Er war lange Jahre in doppelter Weise engagiert in der Partnerschaft zwischen Bielefeld und seiner russischen Bruderstadt – im Vorstand des Kuratoriums und im Freundeskreis der Neustädter Mariengemeinde für die evangelisch-lutherische Nikolaj-Gemeinde in Welikij Nowgorod. Seine menschenfreundliche Haltung, sein unwiderstehlicher Humor und seine tiefen Kenntnisse und Erfahrungen von kommunaler und kirchlicher Kooperation haben die Arbeit in beiden Feldern sehr befördert. Seine besondere Anteilnahme galt behinderten Kindern und Jugendlichen.

Wir werden sein Andenken bewahren.

**Pastor i. R. Herbert Wohlhüter:
Über die Entwicklung der Behindertenarbeit in Belarus von 1991 bis heute
(MV März 2014)**

1991 Erste Fahrt nach Minsk

Herr Wohlhüter leitete seinen Vortrag über sein Engagement in der belarussischen Behindertenpädagogik mit einem Rückblick ein. Als er 1991 als Teilanstalts-Leiter der von Bodelschwingschen Stiftungen zum ersten Mal nach Minsk reiste, wurde er dort mit der Euthanasie-Politik der Nationalsozialisten konfrontiert: in den Jahren des Zweiten Weltkriegs hatten sich in deutschem Auftrag dort Priester als sogenannte „Liquidatoren“ betätigt.

Der Umgang mit Behinderten in Belarus stand noch im Schatten dieser Tradition, was sich in der offiziellen Sprachregelung niederschlug: Heilpädagogik nannte sich „Defektologie“, sie kümmerte sich um „In-valide“, also um „un-werte“ Personen. Die medizinische Diagnose einer solchen Erkrankung hatte zur Folge, dass die Betroffenen nicht arbeiten durften. Ihre Beschäftigung mit „Bastelarbeiten“ nannte Herr Wohlhüter „organisierte Langeweile“. Die Produkte durften nicht verkauft werden, den Werkstätten fehlte außerdem der Titel der „Gemeinnützigkeit“.

Der Referent machte hier mit uns einen **Zeitsprung**: In den Jahren **2010 – 2012** waren allüberall im Lande moderne dezentrale Rehabilitationszentren entstanden. Wie ist es binnen 20 Jahren zu dieser Änderung der Behindertenpolitik gekommen? Herr Wohlhüter nannte einige Schritte und Ursachen: In den Jahren 1992 – 1996 engagierten sich junge Leute aus Bethel in belarussischen Kirchengemeinden bei der Zwangsumsiedlung von Tschernobyl-Geschädigten und transportierten „nebenbei“ einen anderen Geist. Dies sei nur ein Beispiel für über 600 deutsch-belarussische Initiativen aus der Zeit. Weitere NGO's, auch aus anderen europäischen Ländern, kamen hinzu. Neben dem Einfluss von außen wurde die Erneuerung vorangetrieben durch starke Elternorganisationen. Das Beispiel des weithin bekannten Zentrums in Pskow als Leuchtturmprojekt gab das Signal, dass Rechte von Behinderten durchsetzbar sind.

So folgten sozialpolitische Reformen in der belarussischen Gesetzgebung: 2003 zur Gründung von „Korrektionszentren“, in denen Therapie und Förderung vorgeschrieben wurden bis zur Integration in die allgemeine Schulbildung, 2007 wurde die Abteilung für erwachsene Behinderte in den Territorialzentren gegründet, 2008 das Recht auf Bildung ohne „untere“ Grenze, seit 2013 gilt auch hier das Subsidiaritätsprinzip: Der Staat unterstützt die Arbeit der Behindertenorganisationen.

Was sind heute die leitenden Prinzipien des Engagements auf diesem Gebiet in Belarus? Vorrangig ist die **Kooperation** verschiedener Partner. So wird Fachpersonal hierher eingeladen sowie Multiplikatoren und Politiker um professionelle Verbindungen zu stiften. Bei Konferenzen sitzen Vertreter der zivilgesellschaftlichen Organisationen und des Staates miteinander an demselben Tisch, es entstehen Querverbindungen zwischen verschiedenen Institutionen, zum Beispiel zwischen jüdischen und orthodoxen Verbänden. Gemeinsame Kontakte zu den übergeordneten Verwaltungen helfen, hierarchisches und Sparten-Denken abzubauen. Die Zielvorstellung sind Maßnahmen, die verlässliche Strukturen schaffen und deren Vernetzung untereinander. Der „spiritus rector“ dieser Entwicklung ist Pastor i. R. Herbert Wohlhüter – sein Vortrag beeindruckte durch seine spannungsreiche Mischung von professionellem mit subversivem, im besten Sinne innovativem Denken, von mit Rationalität und Herzblut gestiftetem Einsatz: ein Vorbild für die in den postsowjetischen Gesellschaften existentiell so notwendige Öffnung zu produktiver Beweglichkeit in den Köpfen und Herzen.

Prof. Dr. Stephan Merl hielt seinen Vortrag im Juni 2014 in einer Phase des Konflikts, in der sich Besonnenheit auf beiden Seiten abzuzeichnen begann. Auf Intervention Putins waren gefangene OECD-Berater freigelassen worden. Die Wahl Poroschenkos als Vertreter der alten Elite bedeutete eine Niederlage für die Majdan-Bewegung, hinter der nur 10% der Bevölkerung stünden – so der Referent. Sowohl diese westlich orientierten Reformer also auch die ostukrainischen Separatisten vertreten Minderheiten, die Mehrheit sei für den Verbleib in der Gesamtukraine. Zwar werde die propagandistische Auseinandersetzung zwischen beiden Seiten erbittert geführt, aber die Gefahr eines Krieges sei überwunden. Denn trotz der antagonistischen Stereotypen in den Medien gebe es keine wesentlichen Unterschiede.

Bei der Forschung nach den Ursachen der Krise nannte Merl als Basis für die Protestbewegung der Jugend deren Perspektivlosigkeit, die mit der in den südeuropäischen Ländern durchaus vergleichbar sei – hier handele es sich um ein Versagen aller europäischen Politiker. Die nationale Orientierung werde verschärft durch nationalistische militante Gruppen, die Unterstützung erhalten durch Exilukrainer in den USA und in Kanada.

Was Putins Handeln betreffe, so sei es absolut konsequent und vorhersehbar: Seine Entscheidung für die Annexion der Krim beruhe auf seinem Streben nach Gleichberechtigung mit der Souveränität des Handelns westlicher Politiker, und da die Majdan-Bewegung die langfristigen Verträge hinsichtlich der Stationierung der Schwarzmeerflotte in Frage gestellt habe, musste er so handeln.

Immer wieder stoße man in der ideologischen Deutung der Krise auch auf historische Stereotypen: Während Russland den Mai 1945 als Befreiung Europas vom Faschismus sehe, sei die heutige Sorge der Polen und Balten darin begründet, dass sie dieses Datum als Beginn ihrer Unterjochung begreifen. Seit der orangenen Revolution, die aus russischer Sicht als ein vom Westen initiiertes Umsturz betrachtet werde, reagiere Putin auf solche Entwicklungen mit extremer Abschottung und versuche, die eigenen Jugendlichen vor schädlichem ausländischem Einfluss zu bewahren und sie an das eigene Regime zu binden. Daran ändere auch die Modernisierungspartnerschaft nichts, denn man beschränke sie auf den technologischen Austausch, da Russland zu 100% von westlicher Technik abhängig sei. Die von den europäischen Staaten beschlossenen Sanktionen würden politisch nichts bewirken, aber – da das Kapital „ein scheues Reh“ ist – sei der wirtschaftliche Schaden real.

Allerdings seien die einseitigen Medienkampagnen beider Seiten einer echten Auseinandersetzung extrem abträglich. Die Hoffnungen, die auf Seiten der ukrainischen Reformer mit der Orientierung nach Westen verbunden gewesen seien, seien enttäuscht worden, denn es habe keinen Zuwachs an Demokratie gegeben, keine neuen Machteliten, keine ökonomische Verbesserung.

In den Führungsetagen der ukrainischen Macht sei in den letzten 23 Jahren sehr viel Kontinuität zu beobachten gewesen, wenige Namen hätten sich abgewechselt, die mal mehr östlicher mal mehr westlicher Orientierung gewesen seien, aber eigentlich handele es sich um eine Patt-Situation, die eine Neuentwicklung blockiere.

Was empfiehlt der Referent der EU?

Das ohne russische Mitsprache der Ukraine angebotene Assoziierungsabkommen sei ein politischer Fehler gewesen; ein Land, das so korrupt wie Rumänien sei, wolle keiner „geschenkt“ bekommen, auch wenn die Bankrott-Erklärung der Ukraine eine manipulierte Fehlmeldung sei. Es sei an der Zeit, das sich Kerneuropa auf seine politischen Ziele besinne, sich als Wertegemeinschaft verstehe und entsprechend handle.

Neues aus der Nowgoroder Presse (Teil 2)

Новгородские ведомости / Nowgoroder Anzeiger, 22.10.2014

Bitte zu Tisch!

Unternehmen der Lebensmittelbranche vergewissern, dass sie in der Lage sind, die Bedürfnisse der Bewohner unseres Gebiets und der umliegenden Regionen an Nahrungsmitteln vollständig zu befriedigen. Gerade jetzt ist die passende Zeit, die Märkte zu erobern. Vergrößert sich etwa das Volumen der Milchprodukte aus Nowgorod, die nach Petersburg geliefert werden?

Die Zeitung *Petersburg am Abend* schreibt, dass ihre Leser über einen sprunghaften Anstieg im Milchpreis in der nördlichen Hauptstadt berichten. Eldar Beglow, Hauptgeschäftsführer des Agrarkonzerns ‚Losewo‘ sagt, die Preissteigerungen sind nur teilweise eine Folge des Importstopps: ‚Der Milchviehbestand im Lande verkleinert sich nach wie vor, und dementsprechend verkleinert sich auch das Milchangebot. Dieser Prozess läuft seit Jahren so und ist bedingt durch die katastrophale Unterfinanzierung der Branche‘. Seit Einführung der Sanktionen ist die billige Milch aus den baltischen Ländern verschwunden. Belarus versucht die Lücke zu füllen, indem es fünfmal mehr Milch liefert als im vorigen Jahr. Die Serben, die sich den Sanktionen nicht anschließen, schielen auch nach unserem Markt. Außerdem, sagt Beglow, haben die Lieferungen von Milchprodukten nach Petersburg aus dem Pskower und dem Nowgoroder Gebiet beachtlich zugenommen“.

(Ljudmila Danilkina)

novved.ru/raznoe/vopros-otvet/32810-kushat-podano.html

Новгородские ведомости / Nowgoroder Anzeiger, 12.9.2014

Die Sanktionen auf den Import von Lebensmitteln haben die Handelsnetze gezwungen, ihre Arbeitsprinzipien zu überdenken

„Wie hat sich die Sperrmaßnahme gegen den Einfuhr verschiedener Lebensmittel aus Europa und den USA auf den lokalen Markt ausgewirkt? Dies war eine der Hauptfragen bei einer Konferenz zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung des Nowgoroder Gebiets, die am gestrigen 11. September unter der Leitung von Veronika Minina, der ersten Stellvertreterin des Gouverneurs der Region stattfand.

Offizielle Statistiken über den Marktanteil der Importe gibt es nicht, [ungefähre Zahlen gibt es aber doch]. Bis zur Einführung der Sanktionen wurden zwischen 18 und 23% der Waren importiert. Wenn man Alkohol weglässt. Mit Alkohol ist der Anteil noch größer: bis zu 40%. [...] Der Wegfall von bestimmten Erzeugnissen musste Auswirkungen haben auf die Teilnehmer am Markt. Vertreter der Handelsnetze und der produzierenden Firmen geben einhellig an: Die Spielregeln haben sich geändert, wobei sich gerade jetzt für die Nowgoroder Unternehmer Chancen eröffnen, sich zu zeigen. ‚Während früher die Lieferanten zu uns kamen, gehen wir jetzt zu ihnen‘, sagte Aleksandr Slutschanko, Filialleiter der X5Retail Group (Ladenkette ‚Pjatjorka‘/‘Die Fünfer‘) in Nowgorod. ‚Das Ersetzen von Importwaren ist ein schwieriger Prozess. Es ist nicht einfach, anstatt westlicher Waren vergleichbare russische mit ähnlichen Preisen zu finden. Die Kunden wollen lokale, hochwertige, frische Lebensmittel auf den Regalen sehen. Deshalb sind wir immer zu Verhandlungen mit den Lieferanten bereit‘.

Slutschanko versicherte auch, dass die Nowgoroder keinen sprunghaften Preisanstieg fürchten müssten. Es ist ja für die Unternehmer nicht vorteilhaft, Produkte zu Preisen anzubieten, die merklich höher sind als bei der Konkurrenz – die Kunden sind heutzutage wählerisch geworden und kennen den Markt. Wenn sie merken, dass die Kartoffeln nebenan billiger sind, dann gehen sie dorthin.

[Unwirtschaftliche Vertriebswege führen manchmal zu unnötig hohen Kosten, z.B. wenn lokal produzierte Waren erst zum Großhändler nach St. Petersburg verschickt werden, dann zurück zum Einzelhändler nach Welikij Nowgorod.]

Ein weiteres Problem betrifft z.B. die Größe der Handelsspanne. ‚Nowgorodchleb‘ [eine Nowgoroder Großbäckerei] lehnte eine Kooperation mit ‚Lenta‘ [einer ‚Hypermarkt‘-Kette] und ‚Intertorg‘ [einem Konglomerat von Supermarktketten und Franchisenehmer der Spar-Kette], weil diese an jedem Leib Brot 30 bis 40% verdienen wollten – was die Ware zu teuer und deshalb unverkäuflich gemacht hätte.

Mit einem Wort, es gibt genug Probleme. In diesem Sinn kamen die Sanktionen gerade rechtzeitig: Sie zwangen die Produzenten und die Händler, sich miteinander hinzusetzen und gemeinsam die Suche nach neuen Arbeitsmethoden anzufangen“.

(Olga Lichanowa)

novved.ru/ekonomika/32068-litsom-k-prilavku.html

Новгородские ведомости / Nowgoroder Anzeiger, 13.08.2014

Entweder werden wir stärker und reicher – oder wir werden weggefegt

[In einer Brandrede vor Abgeordneten auf einer außerordentlichen Sitzung der Nowgoroder Gebietsregierung kanzelte der aufgebrachte Gouverneur des Gebiets, Sergej Mitin, säumige Abteilungsleiter ab - sie hatten ihre Sollpläne nicht erfüllt]:

„Mir ist es egal, worum das nicht gemacht wurde. Sie müssen mir sagen, wann Sie es machen werden. Jetzt heißt die Frage so: Entweder überwinden wir die Schwierigkeiten und wir wachsen, oder die Chinas und Brasiliens der Welt werden unseren Markt überschwemmen. So paradox es auch klingen mag – die Importsanktionen sind unsere Chance. Wir müssen diese Gelegenheit anpacken und unsere Produktion von Fleisch, Gemüse, Eiern und Milch erhöhen...“

(Gennadij Rjawkina)

novved.ru/politika/31564-test-drajv-pod-embargo.html

Auswahl und Übersetzung: W. Rotsel

Adressen der Vorstandsmitglieder

Hans-Georg Fischer, Hagenkamp 44, 33609 Bielefeld, Tel. 330 233
 Christel Franzen, Kupferheide 39a, 33649 Bielefeld, Tel. 451 102
 Eberhard Heyd, Bodelschwinghstr. 387, 33647 Bielefeld, Tel. 412 233
 Brunhild Hilf, Schelpsheide 12, 33613 Bielefeld, Tel. 889 282
 Dr. William Rotsel, Spandauer Allee 16, 33619 Bielefeld, Tel. 105 668
 Ulrike von Savigny, Auf der Hufe 23, 33613 Bielefeld, Tel. 886 414
 Dr. Michael Schröder, Leiblstr. 99, 33615 Bielefeld, Tel. 882 909
 Dr. Klaus Trillsch, Saarbrücker Straße 19, 33613 Bielefeld, Tel. 887 930
 Erika Weichert, Am Balgenstück 33b, 33611 Bielefeld, Tel. 83 731

Herausgeber: **Kuratorium Städtepartnerschaft Bielefeld – Welikij Nowgorod e. V.**

www.bielefeld-welikijnowgorod.de

Brunhild Hilf - Schelpsheide 12 - 33613 Bielefeld

Redaktion: Brunhild und Rebecca Hilf

Konto des Kuratoriums: Sparkasse Bielefeld BLZ 480 501 61, Kto.-Nr. 114041